Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

08.11.2012 **Nr. 08**

Inhalt:

Mitgliederversammlung am 02.07.1990 S. 1
SPD gründet Ortsvereine S. 2
Zur Altenpflege S. 3
Wohnungsbauprogramm S. 3
Leserbrief zur Alten Werft S. 4

Juli 1990

Aus dem Rechenschaftsberichts des SPD-Vorstandes bei der Mitgliederversammlung am 02.07.1990

Die vor uns liegende Vorstandsperiode würde nicht leicht werden. Die CDU würde, weil sie keine Wohltaten mit der Landesregierung verteilen kann, sich auf die Landesregierung und die örtliche SPD einschießen und sie würde versuchen, alle Schwierigkeiten in Papenburg der SPD und der Landesregierung in die Schuhe zu schieben. Der kommunale Spielraum für neue Vorhaben würde durch die finanziellen Auswirkungen der Trennung Aschendorfs und Papenburgs und die Kostenlawine des Kulturzentrums auf der Alten Meier-Werft stark eingeschränkt.

Um gegen die örtliche Übermacht der CDU ein Gegengewicht deutlich werden zu lassen, müssten konkrete kommunale Projekte für die Entwicklung Papenburgs ausgearbeitet und der Bevölkerung vorgestellt werden. Gerade im sozialen Bereich, in Jugendfragen, aber auch für die Stadtentwicklung, die Wirtschaftsstruktur müssten Alternativen entwickelt werden. Die SPD müsste in der Zukunft in Papenburg ein stärkeres Profil gewinnen. Dafür müssten junge Leute und vor allem Frauen für die Mitarbeit in der Partei gewonnen werden. Nur wenn es dem Vorstand gelänge, die Parteimitglieder für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen und neue Mitglieder für die Parteiarbeit zu aktivieren, würde die SPD bei künftigen Wahlen ihre Ergebnisse verbessern.

Zustimmung für Bau der Teststrecke in der SPD

„Unglaubwürdiger Rüstungskonzern" findet auch Ablehnung

Papenburg (ca.). — „Bauchschmerzen" bereite ihm die Zustimmung zum Bau der Mercedesteststrecke, betonte der SPD-Ortsvorsitzende Peter Raske auf der Mitgliederversammlung. Und nicht nur ihm, wie die heftige Diskussion um das umstrittene Projekt zeigte. Der Ortsvorstand hatte den Antrag gestellt, die SPD Papenburg solle der Teststrecke unter der Voraussetzung, daß bei der Umweltverträglichkeitsprüfung keine Bedenken auftauchen, zustimmen. Zudem müsse garantiert sein, daß dort kein neues Industriegebiet entstehe.

Für „unbedingt notwendig" hielt Raske eine Entscheidung der Papenburger SPD und lehnte eine Zurückstellung des Antrags bis nach der Veröffentlichung der Umweltverträglichkeitsstudie ab. Gerade zu diesem Zeitpunkt sei der Ortsverein als betroffene Region gefragt, eine eindeutige Stellungnahme abzugeben, fügte er hinzu. Ausschlaggebend für eine Zustimmung seien nicht nur die rund 300 Arbeitsplätze, die Daimler-Benz schaffen würde. Insbesondere die Folgewirkung einer Ansiedlung des Industriegiganten, auch für die örtliche Zulieferindustrie, würde zahlreiche Stellen sichern und neue Arbeitsplätze ermöglichen.

Inge Lemmermann unterstützte Reske und wies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Transrapid in Lathen hin. Zwar würden durch den Teststreckenbau große Moorflächen zerstört. Unter der Bedingung, daß keine weitere Folgeindustrie angesiedelt werde, wären jedoch noch genügend Flächen für ein Konzept „Naturpark Moor" vorhanden.

Ablehnung fand der Antrag bei zahlreichen Mitgliedern, da es sich hier um einen „unglaubwürdigen Rüstungskonzern" handle und eine Industrie angesiedelt werde, die „ökologisch nicht vertretbar ist". Im Gegensatz zu anderen Autoherstellern habe der Stuttgarter Konzern noch kein Konzept für ein umweltverträgliches Verkehrsmittel vorgelegt, hieß es. Statt dessen „investieren sie ihr Geld in Imagepflege als Sponsor der Fußballnationalmannschaft".

So unterschiedlich die Meinungen und Argumente in der Versammlung waren, so weit klafften dann auch die Änderungsvorschläge für den Antrag auseinander. Hatte sich anfänglich eine lautstarke Gruppe gegen die Teststrecke gebildet, so schien sich plötzlich das Blatt zu wenden. Nur mit knapper Mehrheit konnte ein Vorschlag, den Antrag dahingehend zu erweitern, die Moorflächen für ein neues Industriegebiet zuzulassen, abgelehnt werden.

Schließlich einigte sich die Versammlung bei 15 Ja- und sieben Neinstimmen sowie vier Enthaltungen dem ursprünglichen Antrag zuzustimmen. Jetzt will der Ortsverein Einfluß auf die Landesregierung nehmen, die in ihrer Koalitionsvereinbarung eine Förderung der Teststrecke durch Landesmittel abgelehnt hat, sich zu einer generellen Zustimmung oder Ablehnung zum Bau des Mercedes-Projekts in der Kanalstadt aber noch nicht geäußert hat.

Ems-Zeitung 04.07.1990

EINEN NEUEN VORSTAND hat der Ortsverein der SPD Papenburg gewählt. Von links: Bernhard Bloem, Lothar Gautier, Barbara Gruner, Peter Raske, Inge Lemmermann, Thomas Witolla, Manfred Berends und Wilhelm Kleinert. Foto: Kruppa

Ems-Zeitung 04.07.1990

SPD gründet Ortsvereine in Aschendorf und Rhede

Unabhängig von Gebietsreform - „Wir brauchen ein neues Profil"

Papenburg (ca). — Unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Gebietsreform wird sich in Aschendorf ein eigenständiger SPD-Ortsverein gründen. Dies gab der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Papenburg, Peter Raske, auf der Mitgliederversammlung in der Gaststätte „Zum Goldenen Anker" in Papenburg bekannt. Dabei kam es auch zur Neuwahl des Vorstandes.

„So negativ die immensen Folgen der Gebietsreform für die Kommune auch sein werden — die Bildung von Ortsgruppen kann für unsere Parteiarbeit nur von Vorteil sein", unterstrich Raske die Bedeutung eines Ortsvereins Aschendorf. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf das Beispiel Rhede, wo nach „jahrelangen Bemühungen" nun die Gründung eines selbständigen Ortsvereins ansteht. „Wir müssen ein stärkeres Profil gewinnen und insbesondere Frauen und jüngere Menschen für unsere Politik aktivieren, um unseren Einfluß auch als Minderheit in der Region zu verstärken", betonte er.

Die Landtagswahl und die ersten Entscheidungen der neuen Regierung in Hannover waren die Schwerpunkte im Bericht der Landtagsabgeordneten Inge Lemmermann. Sie zeigte sich von dem Wahlergebnis in Papenburg bei einem Stimmenverlust von 1,5 Prozent enttäuscht, freute sich aber „um so mehr" über die rasch beendeten Koalitionsverhandlungen und die Arbeit der Regierung in den ersten Wochen. „Das Koalitionspapier ist ein Kompromiß", betonte sie, doch zeige es eine eindeutige sozialdemokratische Handschrift.

Den von den Oppositionsparteien geäußerten Vorwurf des Wahlbetrugs wies sie entschieden zurück. Im Gegenteil habe die Regierung mit der Einstellung von zusätzlichen 600 Lehrern und der schrittweisen Einführung der Lernmittelfreiheit bereits zwei Wahlkampfforderungen verwirklicht. Und auch in den Fragen der Wohnungsbau-, Frauen- und Verkehrspolitik werden schon bald Änderungen zu erwarten sein.

Als „Angstkampagne" bezeichnete Lemmermann die Befürchtung, daß Emsland werde von der neuen Regierung vernachlässigt. „Der Einsatz für das Emsland geht da weiter, wo es erforderlich ist", betonte sie und fügte hinzu: „Wir verteilen kein Geld nach Mehrheiten, sondern nach Notwendigkeiten."

In seinem Geschäftsbericht stellte Raske fest, daß die Forderungen, die der Ortsverband vor zwei Jahren gestellt habe, immer noch „brandaktuell" seien. Zwar habe die SPD unter anderem bei der Verkehrsberuhigung und der Einrichtung einer Drogenberatungsstelle gewisse Teilergebnisse erzielt. Auf den Gebieten der Umwelt- und Frauenpolitik sowie einer behindertengerechten Stadt müsse aber weiterhin noch viel geschehen.

17 Aschendorfer Parteimitglieder lassen die Anzahl der Papenburger Genossen nach der Spaltung auf unter 120 schrumpfen. Auch das Parteivermögen wird dann anteilsmäßig auf die Ortsvereine aufgeteilt. Dementsprechend wurde bei der Vorstandswahl die Anzahl der Beisitzer von bislang fünf auf vier verringert. Für die kommenden zwei Jahre setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Peter Raske, 2. Vorsitzender: Manfred Berends, Kassierer: Thomas Witolla, Schriftführerin: Anne Schnieders, Bildungsobfrau: Barbara Gruner, Beisitzer: Elisabeth Augustin, Bernhard Bloem, Lothar Gautier und Ferdinand Saalfeld, Ortsausschußvorsitzender: Wilhelm Kleinert.

Kommission soll jährlich über Altenpflege berichten

„Angebot für Kurzzeitbetreuung erhöhen" - Hilfe verbessern

Emsland. — Der Arbeitskreis (AK) Soziales des SPD-Unterbezirks Emsland hat sich mit den Problemen der Altenpflegeplätze im Emsland beschäftigt. Die Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen alten Menschen bestimmt den Bedarf an ambulanten, teilstationären und stationären Hilfe- und Pflegeangeboten. Arbeitskreisvorsitzender Peter Raske (Papenburg) führte aus, daß über 65 Jahre alt zu sein, nicht heiße, hilfe- oder pflegebedürftig zu sein. Aber mit zunehmendem Alter nehme die Pflegebedürftigkeit zu. So sind in Niedersachsen von den 60- bis 70-jährigen nur 1,5 Prozent pflegebedürftig und leben im Heim, von den 70- bis 80jährigen jedoch schon 10,6 Prozent, von den 80- bis 90jährigen 29,1 Prozent und von den über 90jährigen 40,5 Prozent.

Überträgt man diese Quoten auf das Emsland, so besteht ein Bedarf für 3382 Menschen, die auf ambulante und stationäre Hilfe angewiesen sind. Dem stehen im Emsland jedoch nur 850 Plätze gegenüber. Hier klafft eine Lücke, die in Zukunft geschlossen werden muß, da man sich bei einem Wandel der Familienstruktur nicht auf die Hilfe der Familienangehörigen verlassen kann. Um dem drohenden Pflegenotstand vorzubeugen, müssen die Maßnahmen des Landkreises erhöht werden, heißt es in der Mitteilung des Arbeitskreises.

Johanne Focken (Lathen), die sich ehrenamtlich um die Vermittlung von Altenpflegeplätzen in Lathen kümmert, berichtet von steigenden Anfragen nach Altenpflegeplätzen, die keine Berücksichtigung im Emsland finden. Aufgrund ihrer Bemühungen sind zahlreiche Altenpflegeplätze vermittelt worden. Inzwischen bekommt Johanne Focken Anrufe vom Gesundheitsamt Meppen und Krankenhaus Aschendorf, ob sie nicht Altenpflegeplätze wisse. Johanne Fokken berichtet, daß sie selbst in Meppen auf Platz 51 der Warteliste steht.

Der AK Soziales schlägt vor, die sozialen Organisationen des Landkreises, Krankenhäuser, Gesundheitsämter und Kirchen, durch den Landkreis zu einer Altenpflegekommission zusammenzurufen, um jährlich einen Bericht zur Situation in der Altenpflege zu erhalten. In diesem Bericht sollte die Wartezeit auf einen Platz im Altenheim als Kriterium für den Bedarf einfließen. Karin Stief-Kreihe (Meppen) weist darauf hin, daß viele Eltern ihren Kindern nicht zur Last fallen wollen. Der Landkreis sollte für eine Bedarfsanalyse deshalb untersuchen, wie viele Ältere von den Kindern betreut werden.

Der Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Ferdinand Saalfeld, berichtete über Absichten des Kreises, zu prüfen, was mit Haus Beel passieren soll. Der Sozialausschuß diskutiere, ob Haus Beel modernisiert werden soll oder Altenpflegeplätze neu geschaffen werden sollen. Der AK Soziales fordert den Bestandserhalt eines kreiseigenen Altenheimes möglichst in Wohngebietsnähe und spricht sich für einen Neubau aus. Eine weitere Forderung des AK Soziales der SPD beinhaltet die Schaffung von Servicealtenheimen. Die SPD-Mitglieder weisen darauf hin, daß für die in der Gesundheitsreform vorgesehene Kurzzeitpflege bis jetzt kaum Angebote vorhanden sind: In Papenburg werden nur acht Plätze vorgehalten. In Zukunft wird hier ein größerer Bedarf sein.

Abschließend forderte der Arbeitskreis Soziales der SPD im Emsland die Landesregierung auf, die von der CDU/FDP-Regierung vorgenommene Änderung der Förderung von Altenwohnungen von 70 000 DM auf 45 000 DM zurückzunehmen.

Ems-Zeitung 13.07.1990

SPD für emsländisches Wohnungsbauprogramm

„Soziales Mietrecht durchlöchert"

Papenburg. — Der Arbeitskreis Soziales des SPD-Unterbezirks Emsland beschäftigte sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Thema „sozialer Wohnungsbau". Peter Raske (Papenburg), Arbeitskreisvorsitzender, machte deutlich: „Es gibt wieder Wohnungsnot in der Bundesrepublik: Wohnungsnot auch im Emsland."

Der Mangel an Wohnungen führe zunehmend zu Mietsteigerungen und zur Verdrängung langjähriger Mieter aus ihren Wohnungen, zu Obdachlosigkeit und zu Unterbringung in Notunterkünften.

Ferdinand Saalfeld, Kreistagsabgeordneter aus Papenburg, führte aus: „Seit der Wende in Bonn hat die Regierung den Wohnungsbau systematisch verkommen lassen. In den 80er Jahren hat die CDU/CSU-FDP-Koalition die Förderung des sozialen Wohnungsbaus drastisch reduziert, ab 1986 die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zweitweise völlig eingestellt. Sie hat die gesetzliche Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft und das soziale Mietrecht durchlöchert", schreibt der SPD-Unterbezirk in einer Pressemitteilung.

Wie Peter Raske den Arbeitskreismitgliedern mitteilte, plant die SPD zur erfolgreichen Bekämpfung der Wohnungsnot in der Bundesrepublik verschiedene Maßnahmen. Um nicht nur auf Bundes- und Landesmaßnahmen zurückgreifen zu müssen, sondern auch im Emsland selbst aktiv den Wohnungsbau mitzugestalten, beschloß der SPD-Arbeitskreis Soziales, gemeinsam mit der SPD-Fraktion des Kreistages ein Wohnungsbauförderprogramm für das Emsland auszuarbeiten und rechtzeitig in die Haushaltsberatungen für 1991 einzubringen.

Ems-Zeitung 26.07.1990

August 1990

SPD für emsländisches Wohnungsbau-Programm

Arbeitskreis Soziales will jetzt selbst aktiv werden / Soziales Mietrecht durchlöchert

PAPENBURG. Der Arbeitskreis Soziales des SPD-Unterbezirks Emsland beschäftigte sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Thema »Sozialer Wohnungsbau«. Peter Raske aus Papenburg, Arbeitskreisvorsitzender, machte deutlich: »Es gibt wieder Wohnungsnot in der Bundesrepublik, Wohnungsnot im Wohlstand auch im Emsland.« Belegt werde dies durch Anzeigen des Sozialamtes der Stadt Papenburg in der Zeitung, um Wohnungen für Asylanten zu finden.

Ferdinand Saalfeld, Kreistagsabgeordneter aus Papenburg, führte aus: »Seit der Wende in Bonn hat die Regierung den Wohnungsbau systematisch verkommen lassen. In den 80er Jahren hat die CDU/CSU-FDP-Koalition die Förderung des sozialen Wohnungsbaus drastisch reduziert, ab 1986 die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zeitweise völlig eingestellt. Sie hat die gesetzlichen Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft und das soziale Mietrecht durchlöchert.«

Wie Raske mitteilte, plant die SPD zur erfolgreichen Bekämpfung der Wohnungsnot in der Bundesrepublik verschiedene Maßnahmen. U. a. sollen für den Sozialen Wohnungsbau die zweckgebundene Wiederverwendung der Rückflüsse und zusätzlich 3,5 Milliarden Mark jährliche Bundesfinanzhilfen bereitgestellt werden. Nur so sei zu erreichen, daß mit den Mitteln der Länder und Großstädte jährlich 100 000 bis 120 000 neue Sozialwohnungen mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen gebaut werden können. Außerdem soll ein Zinshilfe-Programm aufgelegt werden, mit dem - begrenzt bei Baukosten und Einkommen - in der Hochzinsphase eine Zinsverbilligung bis zu drei Prozent finanziert werden kann.

Um nicht nur auf Bundes- und Landesmaßnahmen zurückgreifen zu müssen, sondern auch im Emsland selbst aktiv den Wohnungsbau mitzugestalten, beschloß der SPD-Arbeitskreis Soziales, gemeinsam mit SPD-Fraktion des Kreistages ein Wohnungsbauförderungsprogramm für das Emsland auszuarbeiten und rechtzeitig in die Haushaltsberatungen für 1991 einzubringen.

Ems-Zeitung 01.08.1990

September 1990

Die Finanzierung des Hotelkomplexes Alte Werft stand vor Schwierigkeiten und der Redakteur der Ems-Zeitung Hans Brauer forderte in einem Kommentar die Solidarität der Öffentlichen Hand.

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor. Die Redaktion

„Solidarität hat dort nichts zu suchen . . ."

Zum EZ-Kommentar „Solidarität" (Ausgabe vom 15. September 1990) erhalten wir folgende Zuschrift:

Ist bei den Finanzierungsschwierigkeiten des Hotelkomplexes der Alten Meyer-Werft wirklich Solidarität gefragt? Wir erinnern uns: Der Verein Alte Kesselschmiede stellte im März 1989 sein Konzept der privatwirtschaftlichen Lösung für die Sanierung der Alten Meyer-Werft als die beste Lösung vor, denn nur so ließen sich die Folgekosten in den Griff bekommen.

Wenn ich es recht verstehe, so heißt das doch, dieses Projekt unterliegt den Regeln der Privatwirtschaft, und nach diesen Regeln müssen ein Unternehmen oder ein Unternehmer, die sich verkalkulieren, die alleinigen Konsequenzen tragen. Solidarität hat dort nichts zu suchen.

Wer zeigt denn für den Arbeiter Solidarität, der sich beim Hausbau durch die steigenden Zinsen mit seiner Finanzierung übernommen hat. Er verliert sein Haus, wenn er nicht zahlen kann. Aber bei der Sanierung der Alten Meyer-Werft soll wohl wieder einmal der Grundsatz der „sozialen" Marktwirtschaft gelten: Die Gewinne erhält der Unternehmer und die Verluste trägt der Staat.

Hans Brauer spricht vom Mut der Papenburger Wirtschaft bei diesem Projekt. Aber ist der Mut wirklich so groß? Die Papenburger Unternehmer gründeten einen Verein, denn ein Verein haftet nur mit seinem Vereinsvermögen, die Vereinsmitglieder haften nicht mit ihrem Vermögen. Wenn etwas schiefgeht, sind die Mitglieder aus dem Schneider. Auf jeden Fall aber verdienen Papenburger Unternehmen, wenn sie sich an dem Ausbau beteiligen, und wenn ich mich nicht irre, so haben schon jetzt einige Mitglieder des Vereins Alte Kesselschmiede sich an den Sanierungsarbeiten beteiligt.

Von wem wird also Solidarität verlangt? Den vielen benachteiligten Bürgern (seien es nun Behinderte, Jugendliche, Ältere auf Hilfe angewiesene Mitbürger, Alleinstehende Väter und Mütter, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger usw.) wird bereits bei dem jetzigen Finanzierungskonzept ein Übermaß an Solidarität abverlangt. Denn durch die Verschuldung der Stadt durch dieses Projekt, können im sozialen Bereich und im Jugendbereich kaum neue Projekte verwirklicht werden.

Wenn also Solidarität verlangt wird, kann sie nur von der Papenburger Wirtschaft verlangt werden, denn schließlich steht ja nach Aussagen von Hans Brauer „der Ruf der Papenburger Wirtschaft auf dem Spiel".

Peter Raske
Am Kamp 31
Papenburg

Ems-Zeitung 19.09.1990